

# Kinderarmut und Generationengerechtigkeit

Christoph Butterwegge/Michael Klundt

Immer mehr Minderjährige in der Bundesrepublik wachsen in Armut auf. Da Kinder und Jugendliche mittlerweile diejenige Altersgruppe bilden, die am häufigsten und stärksten davon betroffen ist, sprechen Sozialwissenschaftler/innen seit einigen Jahren von einer sog. Infantilisierung der Armut. In absoluten Zahlen liegt die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, die in der Bundesrepublik in Armut leben, bei etwa 2,8 Millionen.<sup>1</sup> Somit wächst jedes fünfte Kind bzw. jeder fünfte Jugendliche im Alter bis zu 15 Jahren in (Einkommens-) Armut auf. Diese Problematik kann zu psychosozialen Belastungen bei den Kindern führen und unter Umständen einen Ausschluss aus vielen sozialen und kulturellen Lebensbereichen nach sich ziehen. Damit ist die Chancengleichheit der Betroffenen nachhaltig beeinträchtigt.<sup>2</sup>

## 1. Gesundheitliche und psychosoziale Folgen von Kinderarmut

In der Sozial- und Gesundheitsberichterstattung kann bei allen Einschränkungen hinsichtlich methodischer und empirischer Schwierigkeiten als gesichert gelten, dass materielle und soziale Armut immer auch Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Personengruppen, die in sozial benachteiligten Verhältnissen leben, sind gleich in mehrfacher Hinsicht gefährdet. Festgehalten werden kann

- eine deutlich höhere postnatale Säuglingssterblichkeit als in den oberen sozialen Schichten,
- eine deutlich höhere Zahl jener Kinder, die mit einem Gewicht von weniger als 2.500 Gramm geboren werden,
- eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei Kindern aus privilegierteren Schichten,
- ein sehr viel häufigeres Auftreten akuter Erkrankungen und
- eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen.<sup>3</sup>

Ferner nehmen sozial benachteiligte Personengruppen die Gesundheitsangebote, z.B. Vorsorgeuntersuchungen, deutlich weniger wahr. In den Kommunen treten diese Probleme immer häufiger auf. So hat das Kölner Sozial- und Gesundheitsdezernat auf den spürbaren Rückgang

---

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997, Bonn 1997, S. 523. Leider bietet der Datenreport 1999 keine Aufschlüsselung der Armutsaltersgruppen mehr. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1999, Bonn 2000

<sup>2</sup> Vgl. die vom DGB und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband herausgegebene Studie "Armut und Ungleichheit in Deutschland", welche zu dem Ergebnis kommt, dass mehr als 14 Prozent aller Kinder in der Bundesrepublik als arm gelten (das sind etwa 2 Millionen Kinder); vgl. Walter Hanesch/Peter Krause/Gerhard Bäcker u.a., Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek 2000, S. 81 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Birgit Fischer, Statt eines Vorwortes: Mit einer sozial tief gespaltenen Gesellschaft ins 3. Jahrtausend?!, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 16 sowie Andreas Mielck, Armut und Gesundheit: Ergebnisse der sozial-epidemiologischen Forschung in Deutschland, in: Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 225 ff.

der Teilnahme an Krankheitsfrüherkennungs-Untersuchungen in sozial benachteiligten Stadtteilen hingewiesen. Auch Sprachauffälligkeiten, Sprachstörungen, Koordinationsstörungen und Übergewicht treten in diesen Stadtteilen bei Kindern vergleichsweise häufiger auf als in wohlhabenderen Gebieten.<sup>4</sup>

Christian Palentien, Andreas Klocke und Klaus Hurrelmann sind durch Befragung von Kindern und Jugendlichen an nordrhein-westfälischen Schulen zu ähnlichen Ergebnissen gelangt. Sie stellten fest, dass Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Lebenslagen weniger gesund sind als Kinder und Jugendliche aus mittleren und oberen Schichten. Damit ist auch ein deutlich niedrigeres Wohlbefinden verbunden, was sich in geringerer Lebenszufriedenheit, stärkeren Einsamkeitsgefühlen, größerer Niedergeschlagenheit sowie stärkeren Ängsten und Sorgen (insbesondere die Zukunft betreffend) niederschlägt.<sup>5</sup>

Solche Feststellungen sind für den Dortmunder Wirtschaftswissenschaftler Walter Krämer jedoch nur ein „Mythos“. Er hält es für „hochgradig pervers, in einer Zeit, in der weltweit 18 Millionen Menschen jährlich verhungern, einen deutschen Halbstarke nur deshalb arm zu nennen, weil er anders als seine Klassenkameraden keine Diesel-Lederjacke oder Nike-Turnschuhe besitzt“.<sup>6</sup> In seinem neuen Buch<sup>7</sup> kommt Krämer zu dem Ergebnis, dass es hierzulande eigentlich keine Armut gebe, sondern nur eine „Jammerlobby der deutschen Presse“ (S. 33), die nicht zur Kenntnis nehmen, dass in der Bundesrepublik niemand verhungere, Sozialhilfe vollkommen ausreiche (S. 61/64), sich „angeblich Arme“ Pornohefte kaufen (S. 24), Reiche auch manchmal arm dran seien (S. 24/55) und jemand, der Schulden mache, selbst schuld sei. Er prognostiziert, dass in 100 Jahren „alle Armen mit Rolls-Royce zum Golfplatz fahren“ (S. 33).

Jenseits dieser unqualifizierten Äußerungen des Dortmunder Professors für Wirtschafts- und Sozialstatistik wird deutlich, dass es innerhalb der jungen Generation eine massive soziale Polarisierung gibt, die – je nach interessengeleiteter Betonung – sozialdemagogisch ausgeschlachtet werden kann.

## **2. Arme Junge, reiche Alte?**

Während 1997 mehr als die Hälfte der Kinder in Deutschland unter 15 Jahren in prekären Wohlstandsbedingungen aufwuchsen – darunter knapp 14% unter der Armutsgrenze –, lebten 23% der über 75-Jährigen mit Niedrigeinkommen, von denen 2,6% mit Armut konfrontiert waren.<sup>8</sup>

Da die Altersgruppe der Rentnerinnen und Rentner nicht in solch hohem Maße wie z.B. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut betroffen ist, konstruieren viele Medien aus der verteilungspolitischen Schieflage einen intergenerationellen Widerspruch zwischen Alt

---

<sup>4</sup> Vgl. Martina Abel, Stadtteilorientierte Projekte zur Verbesserung der Gesundheitschancen von Kindern, in: Thomas Altgeld/Petra Hofrichter (Hrsg.), Reiches Land – kranke Kinder?, Gesundheitliche Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen, Frankfurt am Main 2000, S. 179 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Christian Palentien/Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann: Armut im Kindes- und Jugendalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 18/1999, S. 33 ff.

<sup>6</sup> Zitiert nach: *Weser-Kurier* vom 31. Januar 1999

<sup>7</sup> Vgl. Walter Krämer, Armut in der Bundesrepublik. Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs, Frankfurt am Main/New York 2000

<sup>8</sup> Peter Krause/Roland Habich, Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 2/2000, S. 325

und Jung. Unter der Überschrift „Arme Junge, reiche Alte“<sup>9</sup> wird in Debatten über die „Vergrößerung“ der Gesellschaft und hieraus möglicherweise erwachsende Finanzierungsprobleme in den Sozialversicherungssystemen ein bevorstehender „(Verteilungs-)Kampf der Generationen“ herbeigeredet. Den zweifellos vielen armen und sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen werden die Alten als Nutznießer und „Gewinner unseres musealen Systems“ (d.h. des deutschen Sozialstaats, C.B./M.K.) gegenüber gestellt.<sup>10</sup> Zur generellen Sozialstaatskritik gesellt sich somit ein verkrampftes Bemühen um „mehr Generationengerechtigkeit“, der noch nie so große Beachtung geschenkt wurde wie heute und die in hohem Maße ablenkt von der dramatisch gewachsenen sozialen Ungleichheit *innerhalb sämtlicher Altersgruppen*. Denn trotz aller Hetzreden vom „Krieg der Generationen“ verläuft die soziale Scheidewand innerhalb entwickelter Industriegesellschaften immer noch zwischen Arm und Reich – unabhängig vom Lebensalter –, nicht zwischen Alt und Jung! Jedoch lassen sich Kinder und Kinderarmut leicht für neokonservative und neoliberale Zwecke instrumentalisieren, z.B. um die Opfer von Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich gegeneinander auszuspielen. So macht man neuerdings Singles, Kinderlose und Greise für die Armut vieler kinderreicher Familien verantwortlich und redet einem „Familienfundamentalismus“ das Wort.<sup>11</sup> Statt die Verteilungsfrage (innerhalb der Generationen) zu stellen, verwandeln gesellschaftlich einflussreiche Gruppen und Medien die sozialen Probleme in eine Frage der Biologie.

In den gesellschaftlich relevanten Debatten zur Alters- und Sozialsicherung diskutiert man nicht darüber, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur resultierende Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden können (z.B. durch eine Verbreiterung der Basis des Rentensystems, konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, vermehrte Zuwanderung etc.).<sup>12</sup> Stattdessen fungiert die Altersstruktur als Legitimationsgrundlage für Sozial- und Rentenkürzungen. Die Demographie gerät auf diese Weise zu einem Mittel sozialpolitischer Demagogie.

Wenn über Kinderarmut gesprochen wird, um das Armutproblem zu verniedlichen und den sozialen Abstieg von Millionen Erwachsenen durch Langzeitarbeitslosigkeit ignorieren zu können oder eine Konsolidierung des Staatshaushalts zwecks Entlastung zukünftiger Generationen gefordert wird, um Kürzungen des Sozialtats durchsetzen zu können, handelt es sich um einen Missbrauch der jungen Generation. Ein weiteres Beispiel dafür, wie deren *vermeintliche* Interessen für eine *unsoziale* Politik vereinnahmt werden, liefert Hans-Olaf Henkel, ehemals Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), mit seiner auf den ersten Blick durchaus überzeugenden Aufforderung, Nachhaltigkeit auch im Rahmen der Sozialpolitik zu verwirklichen: „Mein Anliegen verweist auf die Verantwortung für die Interessen unserer Kinder. Der Grundgedanke ist ebenso faszinierend wie einfach. Wenn es möglich war, die Verpflichtung zum Umweltschutz in allen Schichten, in allen Generationen und in allen Parteien zu verankern, wenn die gesamte deutsche Gesellschaft heute bereit ist, zugunsten nachfolgender Generationen in saubere Flüsse, klarere Seen und mehr Wälder zu investieren, dann müsste sie doch auch bereit sein, unseren Kindern nicht immer weiter steigende Zinszahlungen und marode Sozialversicherungssysteme zu hinterlassen.“<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> Elisabeth Niejahr, Arme Junge, reiche Alte. Eine echte Rentenreform muss die Rentner zur Kasse bitten, in: Die Zeit v. 21.10.1999, S. 1

<sup>10</sup> Vgl. ebd.

<sup>11</sup> So z.B.: Paul Kirchhof, Wer Kinder hat, ist angeschmiert. Die familienfeindliche Gesellschaft zerstört die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz, in: Die Zeit v. 11.1.2001. Vgl. dazu kritisch: Christoph Butterwege, Armutsforschung, Kinderarmut und Familienfundamentalismus, in: ders. (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 50 ff.

<sup>12</sup> Vgl. ergänzend hierzu: Wie sich künftige Belastungen fair verteilen lassen. Konzept der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt zur gesetzlichen Alterssicherung, in: Frankfurter Rundschau v. 5.9.2000

<sup>13</sup> Hans-Olaf Henkel, Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik, Berlin 1998, S. 11 f.

Henkels Vorwort zu seinem Buch „Jetzt oder nie“ endet mit einer vermutlich die eigene Taktik charakterisierenden Überlegung, einem Rat an die Regierung und einem pathetischen Schlusssatz: „Reformen, die mit der Verantwortung für kommende Generationen plausibel begründet werden können, haben eine gute Chance, von Medien und Öffentlichkeit akzeptiert und vom Wähler honoriert zu werden. Nachhaltigkeit ist kein Reservat der Umweltpolitik. Wenn die Politik schon zu ‚Bündnissen‘ aufruft, dann sollte sie zu einem ‚Bündnis für Nachhaltigkeit‘ in der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik einladen. Wir schulden es unseren Kindern.“<sup>14</sup> Was der frühere BDI-Präsident damit meint, wird erkennbar, wenn er das neoliberale Modell eines um Markt- und Konkurrenzmechanismen „angereicherten“ Wohlfahrtsstaates mit den Lebensinteressen künftiger Generationen legitimiert: „Ludwig Erhard hat die Marktwirtschaft sozial gemacht. Heute müssen wir die Sozialpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten renovieren, im eigenen Interesse und weil wir es unseren Kindern schulden.“<sup>15</sup>

Auch die SPD benutzte solche Argumentationsmuster, um das „Zukunftsprogramm 2000“ der von ihr geführten Bundesregierung zu rechtfertigen. Finanzminister Eichel habe, heißt es in einer Broschüre der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, dieses Sparkonzept „(a)us Verantwortung gegenüber der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder“ vorgelegt: „Um die Zukunft Deutschlands sichern zu können, ist eine harte Konsolidierungspolitik notwendig. Das sind wir unseren Kindern schuldig. (...) Es geht um das Deutschland auch unserer Kinder.“<sup>16</sup>

Selbst die Verfassung steht zur Disposition, wenn Heidi Schüller den „besitzstandsklammernenden Seniorenverbänden“, einer „routineerschöpften Politikerkaste“ sowie „erstarrten Verwaltungen und Lobbyistenorganisationen“ zugunsten „mutiger Reformen für unsere Kinder“ entgegnet: „Das berechtigte Vertrauen der Jungen auf eine Zukunft mit realistischen Chancen, auf eine Zukunft, in der sich persönliches Engagement und Leistungsbereitschaft lohnen, darf nicht enttäuscht werden. Insofern sind wir aufgefordert, das Bestehende in Frage zu stellen – bis hin zum Grundgesetz.“<sup>17</sup> Schüller sprach sich allen Ernstes dafür aus, Hochbetagten das Wahlrecht zu entziehen,<sup>18</sup> wie das Pluralwahlrecht den Eltern umgekehrt mehr Stimmen und damit den Interessen ihrer Kinder mehr Gewicht verleihen soll.

Die ständigen Verweise auf die demographische Entwicklung und die Notwendigkeit einer Privatisierung der Alterssicherung und von Rentenkürzungen sind genauso interessegeleitet wie die dauernden Hinweise auf die Globalisierung, die Standortgefährdung und die daraus erwachsende Konsequenz der „Verschlankung“ des Sozialstaats und der Reduzierung sozialer Rechte abhängig Beschäftigter.<sup>19</sup>

### **3. Ursachen und Struktur von (Kinder-)Armut**

Die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Generalisierung des Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen der Standortpolitik als „soziales Scheidewasser“, das die Bevölkerung der Bundesrepublik wie die anderer Länder in Gewinn

---

<sup>14</sup> Ebd., S. 12

<sup>15</sup> Ebd., S. 25 f.

<sup>16</sup> SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Zukunftsprogramm kompakt. Daten – Fakten – Argumente, Berlin 1999, S. 11 und 9

<sup>17</sup> Heidi Schüller, Wir Zukunftsdiebe. Wie wir die Chancen unserer Kinder verspielen, Berlin 1997, S. 57

<sup>18</sup> Vgl. dies., Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag, Berlin 1995, S. 179 f.

<sup>19</sup> Vgl. Heiner Ganßmann, Politische Ökonomie des Sozialstaats, Münster 2000, S. 153, sowie Christoph Butterwege, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen 2001

ner und Verlierer/innen, diese jedoch wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Depri- vierte und Langzeitarme) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarme) andererseits spaltet. Was man „Dualisierung der Armut“ nennen kann, reproduziert die „klassische“ Doppelstruktur sozialer Ungleichheit auf erweiterter Stufenleiter: Während die Dauerarbeitslosen ohne Hoffnung auf Reintegration den „sozialen Bodensatz“ im Gegenwartskapitalismus bilden, verkörpern die Niedriglohnpfän- ger/innen, oftmals Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten entstammend, eher das „Treibgut“ des Globalisierungsprozesses.

Bereits seit geraumer Zeit bildet die Bundesrepublik – sich damit anderen hochentwickelten Staaten des Westens angleichend – eine *duale* Armutsstruktur aus: Den armen Erwerbslosen, die wegen niedriger oder fehlender Lohnersatzleistungen auf das Existenzminimum zurück- geworfen werden, treten die erwerbstätigen Armen zur Seite, deren Lohn für ein Leben im gesicherten Wohlstand nicht ausreicht. Während sich die Langzeit- und perforierte bzw. Mehrfacharbeitslosigkeit älterer und/oder gering qualifizierter Personen zur Dauerarbeitslo- sigkeit verfestigt und die Betroffenen ansatzweise eine soziale Schicht völlig Deklassierter, d.h. vom Arbeitsmarkt wie auch von der gesellschaftlichen Teilhabe Ausgeschlossener („un- derclass“), bilden,<sup>20</sup> nimmt die Zahl jener Personen/Haushalte, deren Einkommen *trotz* konti- nuierlicher Lohnarbeit in Form eines oder mehrerer Arbeitsverhältnisse nicht oder nur knapp über der relativen Armutsgrenze liegt („working poor“), gleichfalls zu. Auch in der Bundes- republik hat sich während der 90er-Jahre ein breiter, seinem Umfang nach oft unterschätzter Niedriglohnsektor herausgebildet, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze um- fasst.<sup>21</sup>

Aufgrund der US-Amerikanisierung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrts- staates zeichnet sich heute in Deutschland eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur ab. Man kann in diesem Zusammenhang von „Globalisierungsarmut“ als einem neuartigen Ar- mutstyp sprechen, der weiter um sich greift. Einerseits reicht das Armutsrisiko bis in die Mit- telschichten hinein, was sich in der Überschuldung von Existenzgründer(inne)n und Selbst- ständigen genauso manifestiert wie in den prekären Lebenslagen jener Menschen, die keinen gesicherten Arbeitsplatz haben, sondern fürchten müssen, praktisch über Nacht unter die Ar- mutsschwelle zu sinken.<sup>22</sup> Andererseits weitet sich jener Sektor aus, in dem totale Perspek- tivlosigkeit, Not und Verelendung die Lebenslagen der Menschen bestimmen. Richard Hauser weist auf die wachsende Zahl der Nichtsesshaften und Langzeitarmen sowie die „ethnische Unterschichtung“ der Gesellschaft (verarmte bzw. verarmende Ausländer/innen) hin.<sup>23</sup> Die latente Armut, aber auch die evidente Armut von Obdachlosen, Trebegänger(inne)n und Bettler(inne)n hat – besonders in den urbanen Zentren und Ostdeutschland – stark zugenom- men.<sup>24</sup> Wie man heute seinen Luxus, motiviert durch ein verändertes gesellschaftliches Kli

---

<sup>20</sup> Vgl. Martin Kronauer, Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: die Entstehung einer neuen „Underclass“?, in: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen – SOFI (Hrsg.), Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer ande- ren Standortdebatte, Opladen 1995, S. 201 ff.

<sup>21</sup> Vgl. dazu: Gerd Pohl/Claus Schäfer (Hrsg.), Niedriglöhne. Die unbekanntete Realität: Armut trotz Arbeit. Empiri- sche Bestandsaufnahme und politische Lösungsvorschläge, Hamburg 1996

<sup>22</sup> Siehe dazu: Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände/Deutsches Rotes Kreuz (Hrsg.), Schuldenreport 1999. Kredite der privaten Haushalte in Deutschland, Mit einem Vorwort von Ursula Engelen-Kefer, Baden- Baden 1998; Werner Hübinger, Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit, Frei- burg im Breisgau 1996; ders., Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/1999, S. 18 ff.; Gunter E. Zimmermann, Überschuldung privater Haushalte, Frei- burg im Breisgau 1999

<sup>23</sup> Richard Hauser, Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31-32/1995, S. 12

<sup>24</sup> Vgl. zu Armutsentwicklung und -forschung in Ostdeutschland: Ronald Lutz/Matthias Zeng (Hrsg.), Armuts- forschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Opladen 1998

ma, offener als früher zur Schau stellt, manifestiert sich auch die Armut deutlicher, weil sie breiter streut und tiefer reicht.

Armut zeigt in Zukunft ein doppeltes Gesicht: *Deprivations*armut, die den Ausschluss von allgemein anerkannten Lebensstandards bedeutet, wird überlagert und ergänzt durch *Dispositions*armut, bei der ein an sich vielleicht wenig dramatisches Ereignis im Lebensverlauf, wie etwa Krankheit, der Verlust des (Ehe-)Partners und/oder eines Arbeitsplatzes, aber auch die Geburt von Kindern, zur zeitweiligen Unterversorgung führt.

Obwohl es hierzulande weder die Armengettos am Rande der Großstädte – wie in den USA – noch das Phänomen der Straßenkinder nach südamerikanischem Muster gibt, machen sich die berufliche Perspektivlosigkeit und soziale Exklusion vieler Menschen schon im Kindesalter bemerkbar. Kinder und Jugendliche sind heute deshalb so stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil das neoliberale Projekt des „Umbaus“ der Gesellschaft und ihres Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die nicht mehr das Maß an Sicherheit haben wie die Nachkriegsgeneration: Von der gezielten Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“ (erzwungene Teilzeit- und Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit) durch die Arbeitgeberseite über den durch erhöhte Mobilitäts- und Flexibilitätserwartungen der globalisierten Wirtschaft<sup>25</sup> noch beschleunigten Zerfall der „Normalfamilie“ bis zur „regressiven Modernisierung“ des Sozialstaates verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der heute Erwerbstätigen wie der ihnen nachfolgenden Generationen.

Wenn die Dualisierung, d.h. die Zweiteilung bzw. die Spaltung in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Sozialstruktur, den Wohlfahrtsstaat und die Armutsbevölkerung, den Haupteffekt der Globalisierung bildet,<sup>26</sup> bleiben Kinder und Jugendliche davon nicht unberührt. Kinder leiden nicht nur besonders und in spezifischer Weise unter Einschränkungen, denen sie durch ihre Familien ausgesetzt werden, sondern auch viel mehr als die Erwachsenen unter der zunehmenden Polarisierung einer Gesellschaft, die noch für lange Zeit ihren Lebens- und Gestaltungsraum darstellt. Christian Palentien, Andreas Klocke und Klaus Hurrelmann sprechen von einer „Auseinanderentwicklung der Lebensbedingungen der heranwachsenden Generation“, die erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden sowie die Partizipationsmöglichkeiten und Lebenschancen benachteiligter Kinder habe: „Gerade bei Kindern und Jugendlichen führt die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zu zahlreichen Anspannungen und Belastungen.“<sup>27</sup>

*Kinderarmut* ist die aktuell verbreitetste und brisanteste Armutsform in der Bundesrepublik, sie darf aber nicht den Blick dafür verstellen, dass es sich bei dem Phänomen um ein gesellschaftspolitisches Grundsatzproblem handelt, dass auch andere Altersgruppen betroffen sind und dass sich die Struktur der Armutspopulation aufgrund der Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe,<sup>28</sup> der Kürzungen im Sozialbereich (Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe, Verringerung der Beiträge zur Rentenversicherung, welche die Bundesanstalt für Arbeit entrichtet), aber auch von Scheidungen und mehr unzureichend gesicherter Frauen wieder in Richtung der Senior(inn)en verschieben dürfte. Berücksichtigt man die Entwicklungstendenzen im Bereich der Ökonomie, des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik, sind mit Werner

<sup>25</sup> Vgl. dazu: Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998

<sup>26</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: Christoph Butterwegge, *Neoliberalismus, Globalisierung und Sozialpolitik: Wohlfahrtsstaat im Standortwettbewerb?*, in: ders. u.a. (Hrsg.), *Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?*, a.a.O., S. 37 ff.

<sup>27</sup> Christian Palentien u.a., *Armut im Kindes- und Jugendalter*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18/1999, S. 34

<sup>28</sup> Vgl. dazu: Gerd Mutz u.a., *Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit*, Opladen 1995

Hübinger in Zukunft „vermehrt Abstiege aus gesicherten Zonen in prekäre Einkommenslagen“ zu befürchten.<sup>29</sup>

#### 4. Fetischisierung von Familie und Kindern: ein Instrument zur Durchsetzung unsozialer Politik

In einer reichen Gesellschaft sind viele Kinder arm, was umso mehr erstaunt, als sie gleichzeitig die Überalterung, den mangelnden Nachwuchs und nachlassenden Kinderreichtum der Familien beklagt. Im Unterschied zu den meisten anderen Erscheinungsformen der Armut weckt *Kinderarmut* tiefe Emotionen und negative Assoziationen im Zusammenhang mit dem sozialpolitischen Reizthema „Rentensicherung“ und „Generationenvertrag“, das in den Massenmedien unter dem reißerischen Titel „Kampf der Generationen“ abgehandelt wird. Typisch für die polemische, unsachliche und wenig gehaltvolle Art, wie der Sensationsjournalismus das Thema aufgreift, war ein Bericht des Magazins „Stern“ über den „Sozialfall Deutschland“ unter dem Titel „Die Verlierer“, welcher mit den Worten eingeleitet wurde: „Kinder, die heute geboren werden, sind eigentlich schon pleite. Denn eine Generation von Egoisten hat sich den Sozialstaat zur Beute gemacht und verpraßt die Zukunft ihrer Kinder. Sie hinterläßt Schulden in Billionenhöhe und ein Sozialsystem, das vor dem Kollaps steht. Doch jetzt fangen die Jungen an, gegen die Schmarotzer im Wohlfahrtsstaat aufzumucken.“<sup>30</sup>

Durch die Sozialgeschichte der Armut zieht sich wie ein roter Faden die Aufteilung der Betroffenen in „wirklich Bedürftige“ und „eigentlich Unwürdige“. Verbunden damit waren auch unterschiedliche Reaktionsmuster: Barmherzig- und Hartherzigkeit, Integration und Repression.<sup>31</sup> Gegenwärtig feiert dieser Dualismus beispielsweise in der Diskussion über den Missbrauch von Sozialleistungen und gemeinnützige Arbeit als Voraussetzung für die Hilfestellung fröhliche Urstände. *Kinderarmut* kann als politisch-ideologischer Hebel benutzt werden, um die Armutsbetroffenen gegeneinander auszuspielen. Denn die Existenz von Armut gilt heute gemeinhin als normal, *Kinderarmut* jedoch (noch) als Skandal. Kinder sind „würdige Arme“, arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger/innen, darunter viele allein erziehende Mütter, die auch dann, wenn ihre Sprösslinge das Babyalter hinter sich haben, zu Hause bleiben und keiner Erwerbsarbeit nachgehen wollen, werden aber als „unwürdige Arme“ betrachtet, wie die Debatte über schwarze „Welfare mothers“ in den USA vor Augen führte.<sup>32</sup>

Das traditionelle Leitbild der Familie, worunter Konservative immer noch die Hausfrauenehe mit zwei oder mehr Kindern verstehen, erhielt neuen Glanz. Seit der Fünfte Familienbericht 1993/94 eine „neue Familienorientierung“ zwecks Zukunftssicherung des gesellschaftlichen „Humanvermögens“ proklamierte,<sup>33</sup> mutiert die Sozialpolitik in der Bundesrepublik allmählich zur Familienpolitik. Der öffentliche Diskurs über *Kinderarmut* hat sich nicht erst seit der Kontroverse um den Zehnten Kinder- und Jugendbericht bzw. die Kritik der damaligen Familienministerin Claudia Nolte (CDU) an seinem Armutsbegriff vor der Bundestagswahl am 27. September 1998 intensiviert, ist aber eher ambivalent, weil keineswegs immer auf die Belange von Kindern und Jugendlichen fokussiert, die man zum Teil für andere Ziele instrumentalisiert.

<sup>29</sup> Siehe Werner Hübinger, *Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft?*, a.a.O., S. 19

<sup>30</sup> Norbert Höfler, *Die Verlierer*, in: Stern v. 11.5.1995, S. 21. Vgl. auch die Replik von Norbert Blüm, „Im gemachten Bett ist es leicht zu randalieren“, in: Stern v. 14.6.1995, S. 120 ff.

<sup>31</sup> Vgl. Bronislaw Geremek, *Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa*, München 1991

<sup>32</sup> Vgl. dazu: Bettina Langenfelder u.a., *Sozialhilfe in den USA – Die Disziplinierung von „Welfare Mothers“*, in: *Feministische Studien* 2/1996, S. 82 ff.

<sup>33</sup> Siehe Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.), *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens*, Fünfter Familienbericht, Bonn 1994, S. 138

Wieder salonfähig gemacht wird eine pronatalistische Sozial-, Familien- und Bevölkerungspolitik, die durch das NS-Regime in der Bundesrepublik jahrzehntelang diskreditiert war. Willi Albers meint, dieses Tabu müsse fallen: „Es ist eine Binsenweisheit, daß die Kinderzahl die entscheidende Größe für das Funktionieren der Alterssicherung ist.“<sup>34</sup> Wiewohl es auf den ersten Blick so scheinen mag, hängen die Renten *nicht* von der Biologie ab.<sup>35</sup> Vielmehr handelt es sich um eine genuin *politische* Frage, um Entscheidungen über die (Um-)Verteilung des trotz einer stagnierenden und perspektivisch sinkenden Bevölkerungszahl seit Jahren wachsenden Bruttoinlandsprodukts. Tatsächlich fehlen keine (deutschen) Babys, höchstens Beitragszahler/innen, die man durch eine konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genauso gewinnen kann wie durch die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, vermehrte Zuwanderung oder die Erweiterung des Versichertenkreises (Einbeziehung neuer Bevölkerungsgruppen in die Sozialversicherung).

Martin Kohli erinnert daran, dass der Diskurs über „intergenerationelle Gerechtigkeit“, wie er in den USA schon seit Mitte der 80er-Jahre geführt wurde, meist „eine verkappte Kritik am Wohlfahrtsstaat überhaupt“ war, und betont, dass er auch hierzulande als „Vehikel für den neo-liberalen Versuch zum Sozialstaatsabbau insgesamt“ erhalten muss.<sup>36</sup> Der deutsche Sozial(versicherungs)staat hat wegen seiner engen Bindung an die Normalbiographie, das Normalarbeitsverhältnis und die Normalfamilie einen gewissen Altersbias, d.h., dass seine Leistungen ungleich auf die Generationen verteilt sind. In einer alternden, aber nicht „vergreisenden“ Gesellschaft mit sich – aus anderen Gründen: Stichwort „Globalisierung“ – verschärfenden Interessengegensätzen hat die populärwissenschaftliche Literatur über einen angeblich kurz bevorstehenden „Krieg der Generationen“ medial Hochkonjunktur. Hierbei handelt es sich um die journalistische Dramatisierung eines gesellschaftlichen Verteilungskampfes.<sup>37</sup> Dieser lenkt – auf dem Rücken von Rentner(inne)n ausgetragen – von den eigentlichen Problemen und Konfliktlinien, insbesondere der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung,<sup>38</sup> eher ab.

Gleichzeitig nimmt „das Kind“ im öffentlichen Diskurs über den Wohlfahrtsstaat und die künftige Entwicklung des Landes geradezu Kultcharakter an. Biologistische Momente dringen in die Sozialpolitik vor, was mit einer Verteufelung der Kinderlosigkeit und Akzentuierung des alt-neuen Feindbildes der „Doppelverdiener“ und „hedonistischer Singles“ ohne Nachwuchs korrespondiert. Diese bezichtigt man, die Finanzprobleme des Wohlfahrtsstaates, insbesondere der Alterssicherung, erzeugt und nicht für eine „normale“ Reproduktion der Gesellschaft gesorgt zu haben. Als mögliche Gegenmaßnahme wurden „Strafsteuern“ für Kinderlose erwogen, wobei man gern vergisst, dass die Steuerbelastung der Ledigen ohne Kinder schon jetzt wesentlich höher ist als jene der Familien(väter).<sup>39</sup>

---

<sup>34</sup> Willi Albers, Die Alterssicherung kindererziehender Mütter und Witwen, in: Sozialer Fortschritt 6-7/1997, S. 137

<sup>35</sup> Vgl. Herbert Schui, Die Rentenversicherung ist kein biologisches Problem, in: Frankfurter Rundschau v. 7.1.1994; ergänzend dazu: Peter Rosenberg, Das soziale Netz vor der Zerreißprobe? – Ökonomische, technologische und demographische Herausforderungen, Frankfurt am Main 1990

<sup>36</sup> Siehe Martin Kohli, Ausgrenzung im Lebenslauf, in: Sebastian Herkommer (Hrsg.), Soziale Ausgrenzungen, a.a.O., S. 128

<sup>37</sup> Vgl. Christoph Behrend, Krieg der Generationen statt Generationenvertrag – ein realistisches Szenario?, in: Sozialer Fortschritt 11/1996, S. 264

<sup>38</sup> Vgl. dazu: Claus Schäfer, Von massiven Verteilungsproblemen zu echten Wettbewerbsnachteilen?, Daten, Fakten und Argumente zur Entmythologisierung der „Standort“-Debatte, in: Christoph Butterwegge u.a. (Hrsg.), Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden 1999, S. 63 ff.

<sup>39</sup> Vgl. Reiner Hans Dinkel, Die Kinderlosen: das neue Feindbild der Familien-, Steuer- und Sozialpolitik, in: Sozialer Fortschritt 1/1995, S. 13



Immer häufiger erscheinen Kinder nicht nur als „Kostenfaktor auf zwei Beinen“, sondern auch als Privateigentum ihrer Eltern, das staatliche Subventionierung verdient. „Daß heute ein Drittel aller Ehen dauerhaft ohne Kinder bleibt und sich ein weiteres Drittel mit einem einzigen Kind zufrieden gibt, kommt sicher nicht von ungefähr. Nachdem der Nutzen, den die Kinder bringen, sozialisiert worden ist, die Kosten dagegen zu weit überwiegenden Teilen an den Privaten hängenblieben, ist die Familie zum schlechten Geschäft geworden. Und schlechte Geschäfte sucht der renditebewußte Deutsche zu vermeiden.“<sup>40</sup> Statt hieraus den Schluss zu ziehen, dass Renditeerwägungen nicht in den Mittelpunkt der Familienplanung gehören, fordert Konrad Adam, Verfasser dieser Zeilen, dass die Kindererziehung eine *höhere* Rendite (auf Kosten der Kinderlosen) abwerfen müsse. Der *Welt*-Journalist behauptet, die Jungen würden seitens der Alten übervorteilt, zeiht die kinderlosen Paare des Egoismus und geißelt die Benachteiligung der Familien mit Kindern durch die Politik, möchte ihnen aber im Grunde noch mehr Verpflichtungen (z.B. die Familienpflege der Alten) aufbürden, um den Sozialstaat auf diese Weise zu „entschlacken“. Seine gesellschaftspolitischen Ziele, wie etwa die Privatisierung des Bildungswesens,<sup>41</sup> leitet Adam aus den Interessen der Kinder bzw. Familien ab.

Kaum eine politische Grundsatzentscheidung wurde in der Öffentlichkeit so einhellig begrüßt wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung der Familien (genauer: von Ehepaaren mit Kindern) vom 10. November 1998. Was die Medien als höchstrichterlichen Ukas zur Besserstellung „der Familien“ feierten, war ein verfassungsrechtlich wie (sozial)politisch fragwürdiger Eingriff in die Steuerhoheit des Gesetzgebers zugunsten der Besserverdienenden und Vermögensbesitzer/innen, durchgesetzt von Paul Kirchhof, einem erzkonservativen Juristen und Vater von vier Kindern. Statt durch Konzentration des Familienlastenausgleichs auf ein einheitliches *Kindergeld* die krassen sozialen Unterschiede zu verringern, vertiefen die Erhöhung des *Kinderfreibetrages* bzw. die Einführung eines Betreuungs- sowie eines Erziehungsfreibetrages für (gut verdienende) Ehepaare die Kluft zwischen Arm und Reich, was weder bedürftigen Kindern noch der Gesellschaft insgesamt dient. Denn davon profitieren die *Reichen* mit Kindern, nicht die *armen* Kinderreichen, um deren Besserstellung es geht.

Teilweise kommt der Diskussion über Kinderarmut eine politische Alibi- und Ablenkungsfunktion zu. Lutz Leisering bemängelt, dass die Bedarfsgerechtigkeit auf der Strecke bleibt, wenn die soziale zu einer Familienfrage umdefiniert wird: „Nicht Unterschiede von Arm und Reich, von sozialen Schichten oder zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern Ungleichheiten zwischen kinderreichen und kinderlosen *Familien* bzw. zwischen Familien und Alleinstehenden stehen derzeit im Vordergrund der Politik.“<sup>42</sup> Tatsächlich muss Gesellschaftspolitik *auch* Familien-, *besonders* aber Kinder- und Jugendpolitik sein. Familien- darf die Gesellschaftspolitik nicht dominieren, wie das im sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reich aus weltanschaulich-ideologischen Gründen geschah.

Kinderarmut sollte bekämpft werden, ohne in einen „Familienfundamentalismus“ zu verfallen, der die Rückkehr zu vormodernen und -demokratischen Werthaltungen impliziert. Bevölkerungspolitik bietet keinen Ausweg im Hinblick auf demographische Veränderungen der Gesellschaftsstruktur. Wer (seine) Kinder als Kapitalanlage („Humankapital“) begreift, gelangt ziemlich leicht zu einer „biologischen Produktionstheorie“, der die menschliche Fort

---

<sup>40</sup> Konrad Adam, Für Kinder haften die Eltern. Die Familie als Opfer der Wohlstandsgesellschaft, Weinheim/Berlin 1996, S. 13

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 214 f.

<sup>42</sup> Lutz Leisering, Eine Frage der Gerechtigkeit. Armut und Reichtum in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/1999, S. 16 (Hervorh. im Orig.)

pflanzung auch noch im Zeitalter der Hochtechnologie und der Globalisierung als Quelle des gesellschaftlichen Reichtums gilt.<sup>43</sup> Thomas Ebert unterscheidet zwischen einer „fundamentalistischen“, auf Statussicherung für Eltern gegenüber Kinderlosen derselben Schicht gerichteten, und einer „emanzipatorischen“ Familienpolitik, die ganz andere Ziele verfolgt: „Sie geht von der Diagnose aus, daß gesellschaftliche Strukturprobleme, sei es am Arbeitsmarkt, in der Einkommensverteilung, am Wohnungsmarkt, im Verkehr und im Städtebau, in der Chancenverteilung zwischen Männern und Frauen oder im Bildungswesen, in erster Linie zu Lasten von Kindern gehen.“<sup>44</sup>

Statt jene Menschen materiell besser zu stellen, die Kinder haben, sind jene Kinder besser zu stellen, die keine gut situierten Eltern haben oder von ihnen vernachlässigt werden. Es muss darum gehen, Kinder direkt und unabhängig von der jeweiligen Familienform wie von der Erwerbsbiographie ihrer Eltern zu unterstützen. Dies impliziert, dass sich die Rechte eines Kindes aus seiner eigenen Identität als Kind statt aus seiner Beziehung zu einem anspruchsberechtigten Elternteil ableiten.<sup>45</sup> Kinderarmut kann nicht durch Aufwertung traditioneller Familienformen und Geschlechterverhältnisse, sondern nur durch die Bereitstellung/Verbesserung der sozialen Infrastruktur und entsprechender Dienste für die davon (potenziell) Betroffenen wirksam bekämpft werden.<sup>46</sup>

## Literatur

- Martina Abel, Stadtteilorientierte Projekte zur Verbesserung der Gesundheitschancen von Kindern, in: Thomas Altgeld/Petra Hofrichter (Hrsg.), Reiches Land - kranke Kinder?, Gesundheitliche Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen, Frankfurt am Main 2000, S. 179-192
- Konrad Adam, Für Kinder haften die Eltern. Die Familie als Opfer der Wohlstandsgesellschaft, Weinheim/Berlin 1996
- Willi Albers, Die Alterssicherung kindererziehender Mütter und Witwen, in: Sozialer Fortschritt 6-7/1997, S. 137-140
- Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände/Deutsches Rotes Kreuz (Hrsg.), Schuldenreport 1999. Kredite der privaten Haushalte in Deutschland, Mit einem Vorwort von Ursula Engelen-Kefer, Baden-Baden 1998
- Gerhard Bäcker/Brigitte Stolz-Willig. (Hrsg.), Kind, Beruf, Soziale Sicherung. Zukunftsaufgabe des Sozialstaats, Köln 1994
- Christoph Behrend, Krieg der Generationen statt Generationenvertrag – ein realistisches Szenario?, in: Sozialer Fortschritt 11/1996, S. 264-269
- Norbert Blüm, „Im gemachten Bett ist es leicht zu randalieren“, in: Stern v. 14.6.1995
- Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.), Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, Fünfter Familienbericht, Bonn 1994
- Christoph Butterwegge, Armutsforschung, Kinderarmut und Familienfundamentalismus, in: ders. (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2000, S. 21-58
- Christoph Butterwegge, Neoliberalismus, Globalisierung und Sozialpolitik: Wohlfahrtsstaat im Standortwettbewerb?, in: ders. u.a. (Hrsg.), Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden 1999, S. 26-44
- Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen 2001

---

<sup>43</sup> Siehe Thomas Ebert, Familienfundamentalismus und Alterssicherung, in: WSI-Mitteilungen 6/1995, S. 367

<sup>44</sup> Ebd., S. 369

<sup>45</sup> Vgl. Magdalena Joos, Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern, in: Ulrich Otto (Hrsg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien, Opladen 1997, S. 76

<sup>46</sup> Vgl. dazu: Gerhard Bäcker/Brigitte Stolz-Willig, Vereinbarkeit von Beruf und Familie als eine Zukunftsaufgabe des Sozialstaats, in: dies. (Hrsg.), Kind, Beruf, Soziale Sicherung. Zukunftsaufgabe des Sozialstaats, Köln 1994, S. 13 ff. sowie Ulla Knapp, Sozialstaat, Kinder und Familie, in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 114 (2000), S. 45 ff.

- Reiner Hans Dinkel, Die Kinderlosen: das neue Feindbild der Familien-, Steuer- und Sozialpolitik, in: Sozialer Fortschritt 1/1995, S. 11-13
- Thomas Ebert, Familienfundamentalismus und Alterssicherung, in: WSI-Mitteilungen 6/1995, S. 365-373
- Birgit Fischer, Statt eines Vorwortes: Mit einer sozial tief gespaltenen Gesellschaft ins 3. Jahrtausend?!, in: Christoph Butterwege (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2000, S. 11-20
- Heiner Ganßmann, Politische Ökonomie des Sozialstaats, Münster 2000
- Bronislaw Geremek, Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa, München 1991
- Walter Hanesch/Peter Krause/Gerhard Bäcker u.a., Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek 2000
- Richard Hauser, Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 31-32/1995, S. 3-13
- Hans-Olaf Henkel, Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik, Berlin 1998
- Norbert Höfler, Die Verlierer, in: Stern v. 11.5.1995
- Werner Hübinger, Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit, Freiburg im Breisgau 1996
- ders., Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 18/1999, S. 18-26
- Magdalena Joos, Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern, in: Ulrich Otto (Hrsg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien, Opladen 1997, S. 47-78
- Paul Kirchhof, Wer Kinder hat, ist angeschmiert. Die familienfeindliche Gesellschaft zerstört die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz, in: Die Zeit v. 11.1.2001
- Ulla Knapp, Sozialstaat, Kinder und Familie, in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 114 (2000), S. 45-49
- Martin Kohli, Ausgrenzung im Lebenslauf, in: Sebastian Herkommer (Hrsg.), Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg 1999, S. 111-129
- Walter Krämer, Armut in der Bundesrepublik. Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs, Frankfurt am Main/New York 2000
- Peter Krause/Roland Habich, Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 2/2000, S. 317-340
- Martin Kronauer, Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: die Entstehung einer neuen „Underclass“?, in: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen – SOFI (Hrsg.), Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte, Opladen 1995, S. 197-214
- Bettina Langenfelder u.a., Sozialhilfe in den USA – Die Disziplinierung von „Welfare Mothers“, in: Feministische Studien 2/1996, S. 82-90
- Lutz Leisering, Eine Frage der Gerechtigkeit. Armut und Reichtum in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 18/1999, S. 10-17
- Ronald Lutz/Matthias Zeng (Hrsg.), Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Opladen 1998
- Andreas Mielck, Armut und Gesundheit: Ergebnisse der sozial-epidemiologischen Forschung in Deutschland, in: Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 225-249
- Gerd Mutz u.a., Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit, Opladen 1995
- Elisabeth Niejahr, Arme Junge, reiche Alte. Eine echte Rentenreform muss die Rentner zur Kasse bitten, in: Die Zeit v. 21.10.1999, S. 1
- Christian Palentien/Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann: Armut im Kindes- und Jugendalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 18/1999, S. 33-38
- Gerd Pohl/Claus Schäfer (Hrsg.), Niedriglöhne. Die unbekannte Realität: Armut trotz Arbeit. Empirische Bestandsaufnahme und politische Lösungsvorschläge, Hamburg 1996
- Peter Rosenberg, Das soziale Netz vor der Zerreißprobe? – Ökonomische, technologische und demographische Herausforderungen, Frankfurt am Main 1990
- Claus Schäfer, Von massiven Verteilungsproblemen zu echten Wettbewerbsnachteilen?, Daten, Fakten und Argumente zur Entmythologisierung der „Standort“-Debatte, in: Christoph Butterwege u.a. (Hrsg.), Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden 1999, S. 63-81
- Horst Schmitthenner, Systemwechsel in Rot-Grün. Zur Debatte um die Alterssicherung, in: Zeitschrift Wissenschaft & Frieden, Dossier 36 (2000), S. 10-13
- Heidi Schüller, Wir Zukunftsdiebe. Wie wir die Chancen unserer Kinder verspielen, Berlin 1997

- dies., Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag, Berlin 1995
- Herbert Schui, Die Rentenversicherung ist kein biologisches Problem, in: Frankfurter Rundschau v. 7.1.1994
- Richard Sennett, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998
- SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Zukunftsprogramm kompakt. Daten – Fakten – Argumente, Berlin 1999
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997, Bonn 1997
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1999, Bonn 2000
- Felix Welti, Zur Kritik der Rentenreform, in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 114 (2000), S. 57-59
- Wie sich künftige Belastungen fair verteilen lassen. Konzept der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt zur gesetzlichen Alterssicherung, in: Frankfurter Rundschau v. 5.9.2000
- Gunter E. Zimmermann, Überschuldung privater Haushalte, Freiburg im Breisgau 1999

## **Autoren**

*Prof. Dr. Christoph Butterwegge*, Sozialwissenschaftler, Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft und Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln, Schwerpunkte: Globalisierungs-, Sozialstaats-, Armuts- und Rechtsextremismusforschung

*Michael Klundt*, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Infantilisierung der Armut? – Gesellschaftspolitische Ursachen und psychosoziale Folgen in Ost- und Westdeutschland“ an der Abteilung für Politikwissenschaft der Universität zu Köln, Vorbereitung auf Promotion, Schwerpunkt: Globalisierung, Sozialstaatsentwicklung und Kinderarmut

## **Adresse**

Universität zu Köln  
 Seminar für Sozialwissenschaften  
 Abteilung für Politikwissenschaft  
 Gronewaldstr. 2  
 50931 Köln  
 Tel.: 0221-4704715  
 FAX: 0221-4705990  
 Email: [Michael.Klundt@Uni-Koeln.de](mailto:Michael.Klundt@Uni-Koeln.de)